

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen,
die dem Kreistag gem. § 53 Abs.1 KrO i. V. m. § 83 Abs. 2 GO zur Kenntnisnahme vorzulegen sind.

Ergebnisplan

Lfd. Nr.	Budget	Ansatz inkl. Übertragungen	gebucht	üpl./apl.	Erläuterung
1	Abschreibungen, Wertberichtigungen von Forderungen, Auflösung von Sonderposten	-6.347.450 €	-7.266.079 €	918.629 €	Das Budget ist um 918.629 € überschritten. Ursächlich dafür sind u.a. die erhöhten Abschreibungen auf Sachanlagen (rund 854 T€), sowie eine erhöhte Einstellung in Pauschalwertberichtigung (rund 649 T€); demgegenüber stehen erhöhte Mehrerträge bei der Auflösung von Sonderposten (rund 392 T €) und bei Zahlungseingängen auf abgeschriebene Forderungen (rund 273 T €).
2	Amt 10 – Haupt- und Personalamt	-1.068.039 €	-1.172.614 €	104.575 €	Das Amtsbudget des Haupt- und Personalamtes ist um 104.575 € überschritten: Auf der Ertragsseite stehen Mehrerträge i. H. v. 5.825 €. Demgegenüber stehen auf der Aufwandseite Mehrausgaben i. H. v. 110.400 €. Die Mehrausgaben resultieren hauptsächlich aus Abfindungszahlungen für die Versorgungslastenteilung, die im Rahmen der Versetzung von zwei Beamten durch den Kreis Warendorf gezahlt werden mussten (rund 266.000 €). Diese waren zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung noch nicht bekannt. Demgegenüber konnte unter anderem Minderaufwand bei den Postgebühren, den allgemeinen Geschäftsaufwendungen, beim Bürobedarf und Leasing erreicht werden.
3	Amt 50 – Sozialamt	-30.265.220 €	-32.715.087 €	2.449.867 €	Das Amtsbudget des Sozialamtes ist um 2.449.867 € überschritten: Auf der Ertragsseite stehen Mehrerträge i. H. v. 3.544.025 €. Demgegenüber stehen auf der Aufwandseite Mehrausgaben i. H. v. 5.993.892 €. Die Mehrerträge ergeben sich insbesondere aus der Auflösung von Rückstellungen und Mehrerträgen in den Positionen Kostenerstattung und Kostenumlagen sowie sonstige Transfererträge. Die Mehrausgaben ergeben sich durch deutlich angestiegene Investitionskosten bei den Pflegeeinrichtungen (rund 1.227.000 €). Darüber hinaus sind die Fallzahlen in den Wohngemeinschaften im Produkt „Pflege“ gestiegen, was Mehraufwendungen i. H. v. rund 500.000 € zur Folge hatte. Die Fallzahlen in der Grundsicherung im Alter/ Erwerbsminderung sind deutlich angestiegen, was zu höheren Aufwendungen im Jahr 2024 führte. Diese Mehrkosten werden vollständig durch die Bundeserstattung gedeckt. Auch die Fallzahlen im Bereich Autismustherapie sind deutlich höher ausgefallen als geplant, insbesondere aufgrund des Zuständigkeitswechsels einiger Fälle vom LWL zum Kreis bei Schuleintritt. Daraus folgten Mehraufwendungen i. H. v. 60.000 €. Außerdem sind die durchschnittlichen monatlichen Kosten für einen Pflegeplatz in den letzten Jahren erheblich angestiegen, was zu einer Budgetüberschreitung von rund 4.611.852 € geführt hat. Lag die Eigenbeteiligung im Jahr 2021 noch bei etwa 1.930 € monatlich, beträgt sie zum 1. Juli 2024 bereits rund 2.750 € monatlich, was einem Anstieg von mehr als 800 € entspricht. Dieser Anstieg hat zu einer erhöhten Nachfrage nach Pflegewohngeld und Sozialhilfe geführt, was die höheren Aufwendungen begründet.

Lfd. Nr.	Budget	Ansatz inkl. Übertragungen	gebucht	üpl./apl.	Erläuterung
4	Amt 56 – Jobcenter	-25.280.483 €	-27.543.957 €	2.263.474 €	<p>Das Amtsbudget des Jobcenters ist um 2.263.474 € überschritten: Auf der Ertragsseite stehen Mehrerträge i. H. v. 9.786.354 €. Demgegenüber stehen auf der Aufwandseite Mehrausgaben i. H. v. 12.049.828 €.</p> <p>Ursächlich hierfür sind u.a. die gestiegene Zahl der Bedarfsgemeinschaften (Plan: 7.800, Ist: 8.026). Die erhöhte Anzahl der Bedarfsgemeinschaften begründen unter anderem auch die steigenden Kosten für Unterkunft und Heizung. Gleichzeitig sind die Kosten der Unterkunft pro Bedarfsgemeinschaft gestiegen. Des Weiteren sind die Mehrausgaben auf die gestiegenen Kosten im Bereich der Bildung und Teilhabe zurückzuführen i. H. v. rund 1.267.000 €. Darüber hinaus stand durch ein höheres vom Bund zugeteiltes Budget mehr Geld für Eingliederungsmaßnahmen zur Verfügung.</p>